

BUND Naturschutz (BN) und Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (AbL) warnen vor haltlosen Vorwürfen

Gesellschaftsvertrag für eine neue Partnerschaft zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz

Nach wie vor kursieren bei Bauernprotesten Vorwürfe, Umweltauflagen schaden der Landwirtschaft und wären derzeit der Grund für die Aufgabe von Bauernhöfen.

Agitiert wird vor allem das sogenannte Agrarpaket der Bundesregierung, das minimale Änderungen an den Direktzahlungen an die Landwirte beinhaltet, sowie Düngungseinschränkungen in Gebieten vorschreibt, bei denen hohe Nitratwerte im Grundwasser nachgewiesen wurden. Außerdem richtet sich der Protest gegen die geplanten Einschränkungen von Unkrautvernichtungsmitteln und teilweise auch Insektiziden in Schutzgebieten, in denen auch bisher kaum Pflanzenschutzmittel eingesetzt wurden.

Proteste fehlgeleitet

„Die Proteste der Bäuerinnen und Bauern sind grundsätzlich berechtigt. Auch der BUND Naturschutz demonstriert gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern, Entwicklungs- und Tierschutzorganisationen während der Grünen Woche in Berlin für eine Neuausrichtung der Agrar- und Förderpolitik.“, so Richard Mergner, BN Vorsitzender. „Wir setzen uns seit vielen Jahren für neue Rahmenbedingungen ein, die eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft statt einer immer intensiveren Industrielandwirtschaft fördert.“

„Die Folgen dieser ständigen Intensivierung für Billigproduktion und Weltmarkt können nicht über technische Verfahren zur Gülleausbringung, größere Güllelager und immer neue Auflagen gelöst werden, es müssen die Ursachen angegangen werden“, so Josef Schmid, Vorsitzender der AbL Bayern. Was die bäuerliche Landwirtschaft braucht, ist Abkehr von der Intensivierungsfalle, ein Umbau des Fördersystems, damit bäuerliche Arbeit, artgerechte Tierhaltung und Umweltleistungen entlohnt werden. Ungeeignet sind pauschale Flächenprämien, denn diese werden zum großen Teil an die Verpächter

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 18.12.2019

PM 127/19 LFG

Landwirtschaft

durchgereicht, und bieten Immobilienaufkäufern- nicht nur in Ostdeutschland- hohe jährliche Renditen.

„Es macht wenig Sinn, sich gegen den Vollzug europäischer Umweltgesetze, wie der Nitrat- und Wasserrahmenrichtlinie zu wenden“, so Josef Schmid, und weiter: „Bäuerinnen und Bauern brauchen durch eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Marktordnung eine besseren Marktstellung gegenüber der Verarbeitungsindustrie, wie Molkereien, Schlachtunternehmen, aber auch Mühlen und Lagerhäusern damit sie durch faire, kostendeckende Preise wirtschaftlich in die Lage versetzt werden, höheren gesellschaftlichen Anforderungen betreffs Artenvielfalt, Tiergerechtigkeit, Klima- oder Umweltschutz gerecht zu werden. Alle Marktbeteiligten müssen bereit sein, Überproduktion zu vermeiden und die Mengen an den Bedarf einer ernährungsbewussteren Verbraucherschaft anzupassen.“

“Systembashing“ nicht „Bauernbashing“

„Das vielbeklagte „Bauernbashing“ ist in Wirklichkeit eine Kritik an den falschen agrarpolitischen Weichenstellungen, denn zu hohe gesundheitsschädliche Nitratwerte in Teilen unseres Grund- und Trinkwassers und das Insektensterben sind nicht wegzudiskutieren, und wesentlich durch die Intensivierung der Landwirtschaft verursacht. Nicht Bäuerin oder Bauer stehen im Fokus der gesellschaftlichen Kritik, sondern die verfehlte agrarpolitische Weichenstellung“, so Stephan Kreppold, Sprecher des BUND Naturschutz Arbeitskreises Landwirtschaft. „Landwirte und Umweltverbände sollten zusammenarbeiten um die notwendige gesellschaftliche Unterstützung für eine neue Agrarpolitik zu erreichen.“

BN und AbL sind sich einig, dass Hofaufgaben und fehlende Hofnachfolger nicht durch das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ oder das Agrarpaket der Bundesregierung verursacht sind.

Tatsache ist aber, dass der Strukturwandel eine gewollte Folge der seit Jahrzehnten herrschenden Handels- und Niedrigpreis-Agrarpolitik ist, die unterstützt durch Agrarwissenschaft, Beratung durch Pflanzenschutz- und Düngemittelvertreter, gerade auch in den landwirtschaftlichen Fachmedien, sowie in der Landwirtschaftsausbildung und -beratung, viele Betriebe zum Aufgeben gezwungen oder in die Existenzkrise getrieben hat. Weitere Folge dieser Weichenstellung, die die Absätze der Agrochemiesparte genährt hat, sind die nicht mehr zu leugnenden massiven Belastungen im Naturhaushalt, für die das intensive Landwirtschaftssystem eine der Hauptverursacher ist.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 18.12.2019
PM 127/19 LFG
Landwirtschaft

Gemeinsame Forderungen

Für einen Gesellschaftsvertrag fordern BN und AbL Bayern:

- Abkehr von einer Freihandelspolitik der EU, die zu Lasten von Bauern und Umwelt in den beteiligten Staaten führt. CETA, TTIP oder Merkosur bedrohen bäuerliche Strukturen zugunsten weltweit agierender Unternehmen.
- Das Umsteuern in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und Gemeinsamen Marktordnung (GMO) sofort in Berlin und Brüssel einleiten.
- Die Sicherung gerade der kleinstrukturierten bayerischen Betriebe muss besonders berücksichtigt werden.
- Die Gemeinsame Marktordnung muss dazu genutzt werden, die Marktstellung der Landwirte zu verbessern und ein Überangebot am Markt zu verhindern
- Leistungen für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz müssen entsprechend ihrer hohen Wertigkeit entlohnt werden können!
- Umbau der Tierhaltung zu artgemäßen Ställen und Ernährung der Tiere mehrheitlich von der eigenen Futterfläche mit 3-stelligen Millionenbeträgen innerhalb der nächsten 15 Jahre voranbringen, und die Tierhaltung auf ein klimaverträgliches Maß reduzieren.
- Kooperation mit dem Lebensmittelhandel für Fairness in der Wertschöpfungskette. Die Landwirte können die höheren Anforderungen bezüglich Umweltschutz und Tierwohl nachhaltig nur dann erfüllen, wenn die damit verbundenen Mehrkosten über staatliche Zahlungen und durch den Markt, also den Konsumenten, abgedeckt werden. Der Handel spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle und muss bereit sein, mehr Transparenz bei Erzeuger- und Endverbraucherpreisen anzubieten.
- Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Ausbildung, Beratung und Forschung: Das zukünftige Lehr- und Forschungsprogramm der Agrarwissenschaften erfordert eine grundlegende Neuorientierung, die eine ganzheitliche ökologisch-ökonomisch-gesellschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweise ermöglicht.

Für Rückfragen:

Marion Ruppaner, BN Agrarreferentin, Tel. 0911 81878-20/21;
marion.ruppaner@bund-naturschutz.de

Josef Schmid, Vorsitzender AbL Bayern, Tel. 0171-1108148
bioschmid@t-online.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 18.12.2019
PM 127/19 LFG
Landwirtschaft